
Franz Nemschak und die Gründung des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung*

Felix Butschek

Es mag auf den ersten Blick erstaunlich erscheinen, eine Studie über den Leiter eines Wirtschaftsforschungsinstituts zu verfassen. Deren Bedeutung erschließt sich zumeist nur im Zusammenhang mit der Darstellung ökonomischer Ereignisse in einem Land oder relevanter theoretischer Beiträge der Akteure. Wenn das Leben und Wirken Franz Nemschaks dennoch eingehend untersucht wird, dann wegen seiner spezifischen Leistungen im Zusammenhang mit Wiederbelebung des renommierten Konjunkturforschungsinstituts der Ersten Republik unter den Bedingungen der Nachkriegszeit, der einzigartigen Position des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung in der österreichischen Wirtschaftspolitik und staatlichen Verwaltung und schließlich wegen der geradezu charismatischen Persönlichkeit des Institutsleiters.

Die Zwischenkriegszeit

Die Gründung des Österreichischen Instituts für Konjunkturforschung ging auf die Initiative einzelner Personen zurück. Friedrich A. Hayek hatte schon 1923 – auf eigene Kosten¹ – die USA besucht, um dort die Methoden und Einrichtungen der Konjunkturbeobachtung zu studieren. Die Ergebnisse dieses Forschungsaufenthaltes stießen auf Interesse bei seinem damaligen Vorgesetzten Ludwig Mises, dem leitenden Sekretär der Wiener Handelskammer, welcher die Initiative ergriff, um ein solches Institut auch für Österreich ins Leben zu rufen.²

Dieses wurde als privater Verein konstituiert. Als Organe dieses Vereines waren ein Präsidium, ein Vorstand – der allerdings eher die Funktion eines Aufsichtsrates wahrzunehmen hatte – sowie ein Kuratorium vorgesehen. Die Geschäftsordnung bestimmte, dass die Position des Präsidenten stets jenem der Handelskammern zufallen sollte, die der Vizepräsidenten-

* Der Autor schuldet Ingrid Gazzari, Gunther Tichy, Ewald Walterskirchen und seiner kürzlich verstorbenen Gattin Christine Dank für Informationen, Kritik und Anregungen.

ten dem Präsidenten der Arbeiterkammern; die Wissenschaft wurde durch einen Exponenten der Universität vertreten. Diese umfangreiche Organisation sollte das Institut nicht nur im Bereich der Wirtschaft verankern, sondern vor allem die partei- und interessenpolitische Neutralität sicherstellen. Die Finanzierung des Instituts übernahmen in erster Linie die Mitglieder des Vorstands.³ Doch trug dieses selbst durch Verkauf der „Monatsberichte“ ebenso wie durch Akquisition ausländischer Mittel, insbesondere der Rockefeller Foundation, einiges dazu bei. Der Aufbau des Vereines erscheint auch deshalb bemerkenswert, weil – trotz der damaligen innenpolitischen Spannungen – von den Sozialpartnern getragen wurde.

Das Institut zählte international zu den frühesten seiner Art und erwarb unter seinem ersten Direktor, dem späteren Nobelpreisträger Friedrich A. Hayek, internationale Anerkennung. Das manifestierte sich durch mehrere internationale Konferenzen in Wien. Nach dessen Berufung an die London School of Economics 1931 übernahm Oskar Morgenstern die Position des Direktors. Die Tätigkeit des Hauses beschränkte sich allerdings nicht nur auf die Publikation der „Monatsberichte“, sondern es entwickelte sich zum Zentrum der außeruniversitären Forschung und bot den jungen Ökonomen die Möglichkeit, in- oder außerhalb des Instituts zu publizieren. Die meisten von ihnen hatten auf der Universität Wien studiert und lehrten auch teilweise dort. Der wissenschaftliche Diskurs vollzog sich allerdings außerhalb dieses Rahmens etwa durch Teilnahme am berühmten Privatseminar Ludwig Mises', welcher nur eine außerordentliche Professur innehatte, sowie durch die Mitarbeit an der „Zeitschrift für Nationalökonomie“. Die Mehrheit dieser Autoren emigrierte in die USA und zählte alsbald zu den angesehensten internationalen Ökonomen. Dazu gehörten neben Friedrich A. Hayek und Oskar Morgenstern Gottfried Haberler, Fritz Machlup, Gerhard Tintner sowie Abraham Wald.

Theoretisch waren die involvierten Ökonomen der Österreichischen Schule der Nationalökonomie zuzurechnen. Die „Monatsberichte“ enthielten sich aber zunächst jeder wirtschaftspolitischen Bewertung der Konjunkturanalyse. Eine Beratung der Regierung erfolgte auf privater Basis durch Oskar Morgenstern.

Das deutsche Intermezzo

Während der deutschen Okkupation Österreichs bot das Institut ein recht wechselhaftes Bild. Anfang 1938 reiste Morgenstern in die USA, weil ihm dort ein Forschungsstipendium gewährt worden war. Für die Zeit seiner Abwesenheit beauftragte er Reinhard Kamitz, welcher seit 1934 im Institut tätig war, mit seiner Vertretung. Die deutsche Reichsregierung be-

traute Ernst Wagemann mit der kommissarischen Leitung des österreichischen Instituts. Dessen Vertreter und – laut Impressum – für den Inhalt verantwortlich blieb weiterhin Reinhard Kamitz.

Aber auch der Stil der Monatsberichte änderte sich. Die bisher ausschließlich empirische Analyse der Konjunktorentwicklung im Inland und Ausland wurde nunmehr durch umfangreiche Fachartikel ergänzt, welche sowohl theoretische Aspekte berücksichtigten wie auch Bewertungen vornahmen. Das entsprach auch den politischen Intentionen der neuen Machthaber. Und so enthielt das Heft Nr. 3/1938 einen umfangreichen Artikel über die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft der Ersten Republik sowie eine Evaluation der damaligen Wirtschaftspolitik („Österreichs Wirtschaftsnot und Wirtschaftspolitik vor der Eingliederung in das Reich“). Dieser Aufsatz blieb, der bisherigen Tradition des Hauses folgend, ungezeichnet. Nach Mitteilung von Hans Seidel war Reinhard Kamitz der Verfasser.

Sämtliche Hefte des Jahres 1938 enthielten eingehende Analysen über die fortschreitende Integration des Bundesgebietes in die deutsche Wirtschaft sowie über die ergriffenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Daneben finden sich, wenngleich in gedrängter Form, Berichte über die laufende Wirtschaftsentwicklung in Österreich.

Natürlich änderte sich auch der Name des Hauses; er wandelte es sich vom „Österreichischen Institut für Konjunkturforschung“, mit Zwischenstufen, zu einem „Wiener Institut für Wirtschaftsforschung“. Dessen Aufgabe bestand darin, die südosteuropäischen Wirtschaften zu analysieren.

Die Umstellung auf den neuen Fokus wird erst in Heft 8/1939 deutlich. Jetzt erscheinen nur mehr Arbeiten über Südosteuropa. Die „Ostmark“ trat lediglich im Vergleich zu anderen deutschen Wirtschaftsregionen auf. Auch die Statistiken wurden in Richtung Südosteuropa ausgeweitet. Ab Heft 11/12/1939 entfielen dann die österreichischen Daten vollkommen. Ab 1940 konzentrierte sich die Institutsarbeit fast ausschließlich auf südosteuropäische Länder. Lediglich in Einzelfällen wurde ein österreichisches Thema bearbeitet.

Für den Inhalt der „Monatsberichte“ verantwortlich fungierte nunmehr Ernst John, da Kamitz zur Gauwirtschaftskammer gewechselt hatte. Ab Heft 10/11/42 trat Elisabeth Rabitsch vertretungsweise an seine Stelle, da er den Wehrdienst absolvierte. Die faktische Leitung des Hauses übernahmen turnusweise eingesetzte Mitarbeiter des Berliner Instituts.

Franz Nemschak stieß 1941 zum Institut, und Grete Kohlhauser, welche nach 1945 zur Stammbegleichung des Hauses zählte, folgte Ende 1943. Ersterer wurde Anfang 1943 zum Wehrdienst eingezogen, doch im Jänner 1945 aus diesem entlassen.

Es muss festgehalten werden, dass zwar das Forschungsobjekt des Hauses gewechselt hatte, aber nicht unbedingt der Arbeitsstil, welcher –

mit wenigen Ausnahmen – weiterhin stark quantitativ orientiert blieb. Offensichtlich bewirkte der Einfluss des Berliner Instituts keine merkbare Einschränkung der Qualität. Wohl aber reduzierte sich im Laufe der Kriegsjahre die Erscheinungshäufigkeit. Die letzte Publikation erschien im August 1944 (Heft 1/2/3/1944).

Allerdings beschränkten sich die Arbeiten des Instituts nicht auf die in Heften publizierten Aufsätze über Südosteuropa, sondern auch auf „streng geheime“ Studien zu österreichischen Angelegenheiten. Hier ist die Studie „Die Entwicklung der Lebenshaltungskosten und Löhne in Wien seit der Wiedervereinigung“ (1941) zu nennen. Diese kam zu dem Ergebnis, dass sich das Realeinkommen einer 4-köpfigen Arbeiterfamilie in Wien während dieser Periode um 15% verschlechtert hatte. Zwar wich dieses Resultat von der Entwicklung des offiziellen Preisindex ab, wurde jedoch mit der Qualitätsverschlechterung der Waren und dem Zwang, teurere rationierte zu erwerben, begründet. Jedenfalls kann man aus dem Inhalt wie der Diktion dieser Studie ableiten, dass sich die nationalsozialistischen Sympathien des Hauses in Grenzen gehalten haben mussten.

Am 17. März 1945 vernichtete ein Bombentreffer jenen Trakt des Börsegebäudes, in welchem das Institut untergebracht war. Tags darauf gruben weibliche Angestellte des Sekretariats und der statistischen Abteilung zusammen mit Nemschak Archiv, Statistiken, Möbel, Schreib- und Rechenmaschinen aus den Trümmern.⁴ Offenbar vergaß Nemschak hiebei Grete Kohlhauser zu erwähnen, die ja gleichfalls im Institut tätig war.

Die Wiederbelebung durch Franz Nemschak – das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung

Das Institut für Konjunkturforschung der Zwischenkriegszeit erfuhr nach 1945 eine Wiederbelebung als „Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung“ (WIFO). Dieses repräsentierte im Wesentlichen abermals das Resultat einer persönlichen Initiative, freilich auch wissenschaftlicher Tradition. Unmittelbar nach Kriegsende ergriff Franz Nemschak völlig spontan die ersten Schritte zur Neugründung des Hauses. Er übernahm die Verwaltungsstruktur des früheren Konjunkturforschungsinstitutes, nämlich als einer Einrichtung der Sozialpartner – mit Unterstützung des Staates sowie der Notenbank. Neben den klassischen Gremien, nämlich Präsidium, Vorstand und Kuratorium, führte er eine „Mitgliedschaft“ ein; praktisch ein Abonnement der „Monatsberichte“. Nemschak vermochte daher dem Handelsminister Heindl bereits ein abgeschlossenes Projekt zu präsentieren, als er ihm die Notwendigkeit eines Wirtschaftsforschungsinstitutes für Österreich erläuterte. Heindl akzeptierte die Vorschläge Nemschaks vollinhaltlich und fungierte auch als erster Präsident des neuen

Hauses. Am 20. Oktober 1945 trat ein Gründungsausschuss zusammen und konstituierte unter dem Vorsitz Heinls den gemeinnützigen Verein „Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung“.

Wer war Franz Nemschak? Er kam 1907 in Graz zur Welt. Sein Vater war in den Puch-Werken beschäftigt. Nemschak absolvierte das juristische Studium und wurde 1931 promoviert. Von 1926 bis 1933 arbeitete er bei Kastner&Öhler als Werkstudent. Er schloss sich der Sozialdemokratischen Partei an, wechselte nach deren Zerschlagung 1934 mit mehreren Gesinnungsgenossen, wie etwa Herbert Eichholzer und Axel Leskoschek, zur Kommunistischen Partei. Als jedoch die KPÖ von ihrer Politik des Boykotts der Einrichtungen des Ständestaates zugunsten ihrer Unterwanderung abging, engagierte er sich in der „Sozialen Arbeitsgemeinschaft“ der Vaterländischen Front, die geschaffen worden war, um die Arbeiterschaft aufzufangen. Alle Bemühungen in diesem Rahmen, die Unabhängigkeit Österreichs zu bewahren und die von Schuschnigg initiierte Volksbefragung erfolgreich abzuhalten, vermochten nichts an der Okkupation des Landes zu ändern. Nemschak floh mit seinen Freunden über Triest nach Frankreich, kehrte jedoch nach kurzer Zeit wieder nach Österreich zurück. Das trug ihm zunächst eine Gestapohaft ein sowie die Klassifikation „wehrunwürdig“. Ab 1941 trat er in den Dienst des „Wiener Instituts für Wirtschaftsforschung“, wurde 1943 zum Wehrdienst eingezogen, jedoch im Jänner 1945 wieder entlassen. Er nahm im Hause keineswegs eine leitende Funktion wahr. Seine Zeit kam nach Kriegsende.

Ursprünglich war die Leitung des neuen Hauses für Franz Nemschak und Ernst John gemeinsam vorgesehen. Letzterer repräsentierte als Einziger die persönliche Kontinuität mit dem „Institut für Konjunkturforschung“ der Zwischenkriegszeit. John sollte daher die wissenschaftlichen Aufgaben übernehmen und Nemschak das Management sowie die Vertretung nach außen. Tatsächlich zog Letzterer jedoch nach kurzer Zeit die gesamte Leitung, einschließlich der Themenwahl und der Art ihrer Bearbeitung, an sich.⁵

Diese Entwicklung vermag rückblickend nicht zu überraschen. Das ergab sich einerseits daraus, dass zunächst die Hauptlast der Arbeit, einschließlich der Verfassung der „Monatsberichte“, bei Nemschak lag, andererseits aber auch aus dem Charakter der beiden Persönlichkeiten. Ernst John zeigte eher zurückhaltende Verhaltensweisen und mied führende Positionen. Das zeigte sich nicht nur im persönlichen Umgang, sondern auch in seinem Arbeitsstil. Aus den langen Jahren seiner Mitgliedschaft im Hause nach 1945 ist keine einzige schriftliche Arbeit bekannt.

Nemschak legte vollkommen andere Charakterzüge an den Tag. Er floss über von Energie und Initiative, welche keineswegs nur im Institut durch seine Beiträge zu den frühen „Monatsberichten“ sowie generell in deren Gestaltung ihren Niederschlag fanden, sondern in steigendem Maß

in seiner Öffentlichkeitsarbeit. Er gab sich nicht mit den sachlichen Erfolgen des WIFO zufrieden, welche ihm auch deshalb zugerechnet wurden, weil zunächst die Studien der Mitarbeiter nicht namentlich gezeichnet wurden, sondern fühlte sich verpflichtet, mündlich, aber auch schriftlich – in einer eigenen Publikationsreihe („Vorträge und Aufsätze“) – die ökonomischen Fakten, aber auch wirtschaftspolitische Ratschläge in verständlicher Sprache zu vermitteln. Auf diese Weise erwarb er sich ungeheures Ansehen, das dazu führte, dass ihm, neben der Führung des WIFO, zusätzliche Aufgaben übertragen wurden, wie die Leitung des auf Initiative der USA gegründeten „Österreichischen Produktivitätszentrums“ oder der volkswirtschaftlichen Abteilung des für die Abwicklung des Marshallplans geschaffene ERP-Büros. Darüber hinaus wurden ihm mehrfach hohe Posten in der Wirtschaft oder der Regierung angeboten, welche er jedoch stets ausschlug.⁶

Seine geradezu charismatische Persönlichkeit lässt sich auch an seinen Vorträgen ablesen. Jedes Jahr vor Weihnachten präsentierte Nemschak eine Art „*State of the Union*“-Botschaft für die österreichische Wirtschaft. Aus diesem Anlass versammelte sich die gesamte ökonomische Elite des Landes einschließlich vieler Bundesminister und des Nationalbankpräsidenten, um seinen Ausführungen zu lauschen. Und obwohl die Fakten oft bekannt waren, vermochte der Vortragende immer wieder neue interessante Aspekte zu präsentieren – oder die Besucher hörten sie zumindest heraus.

Damit ist gesagt, dass dem Institut in der Wiederaufbauphase eine besondere Position in der österreichischen Öffentlichkeit zukam. Diese resultierte zwar in erster Linie aus der Tatsache, dass das WIFO die einzige Einrichtung mit praxisorientiertem ökonomischen Sachverstand repräsentierte – wie dies immer wieder von ausländischen Besuchern betont wurde. Die Universitäten blieben in dieser Zeit von solchen Anforderungen der Wirtschaftspolitik wie der staatlichen Verwaltung weit entfernt. Erich Streissler (1973, S. 28) beschrieb sie mit den Worten, dem Institut sei das „Monopol wirtschaftsempirischer Wahrheit“ zugekommen. Die Position des Hauses ließ etwa mit der eines Ministeriums vergleichen.

Freilich war sich Nemschak der Bedeutung der Tradition des Konjunkturforschungsinstitutes für das WIFO durchaus bewusst. Diese unterstrich er nicht nur durch ähnliche Verwaltungsstruktur und das Format sowie die Gestaltung der „Monatsberichte“, sondern auch damit, dass er darin die Statistiken der Zwischenkriegszeit dokumentierte, aber auch sämtliche Publikationen aus dieser Zeit. Gleichermaßen bemühte er sich, die persönlichen Kontakte mit den früheren Mitarbeitern des Konjunkturforschungsinstitutes wiederherzustellen. Diese erfolgten allerdings weniger auf wissenschaftlicher, sondern eher auf gesellschaftlicher Basis, wie durch Ausflüge oder Heurigenbesuche.

Ein neuer Stil

Inhaltlich unterschied sich die Arbeit des WIFO doch recht deutlich von der des Konjunkturforschungsinstitutes. Das betraf weniger die „Monatsberichte“. Beide Institute bemühten sich um eine sachliche, möglichst klare Darstellung der Wirtschaftslage. Neben der laufenden Konjunkturberichterstattung publizierte das WIFO Beilagen zu den „Monatsberichten“ zu bestimmten wirtschaftlichen Problemen sowie umfangreichere Studien in Sonderheften.

Ebenso wie das Konjunkturforschungsinstitut enthielt sich auch das WIFO in den „Monatsberichten“ jeglicher wirtschaftspolitischer Empfehlungen. Solche erfolgten jedoch durch den Institutsleiter. Morgenstern beriet die Regierung vor dem Krieg auf rein privater Basis, Nemschak jedoch durch öffentliche Vorträge, welche er in seiner Schriftenreihe „Vorträge und Aufsätze“ dokumentierte.

Inhaltlich verstand Nemschak die Arbeit des WIFO als praxisorientiert; sie sollte der Wirtschaftspolitik durch Analysen zu Hilfe kommen.⁷ Exemplarisch mag die folgende Darstellung für die Funktionen des Instituts in dieser Zeit gelten: „Der für Wirtschaftsplanung und Vermögenssicherung zuständige Minister Krauland sandte in kurzen Abständen schriftliche Fragen zu komplexen ökonomischen Sachverhalten an das WIFO und erwartete eine umgehende Antwort auf längstens einer halben Schreibmaschinenseite“.⁸

Zwar akzeptierte Nemschak wohlwollend die Arbeit der Theoretiker auch im WIFO. Bald nach Kriegsende verfügte es mit Kurt Rothschild und Josef Steindl über zwei international renommierte keynesianische Ökonomen, aber diese erbrachten auch praxisorientierte Beiträge.⁹ Ihre theoretischen Arbeiten veröffentlichten sie in internationalen Journalen oder als Bücher. Eine Publikationsreihe wie die „Beiträge zur Konjunkturforschung“ zwischen den Kriegen, welche theoretisch orientiert war, existierte im WIFO nicht. Diese Fakten führten schließlich anlässlich der Gründung des „Institutes für höhere Studien“ zu Auseinandersetzungen mit dem früheren Institutsdirektor Morgenstern, welchem das Verständnis für die neue praxisorientierte Funktion des WIFO fehlte.¹⁰

Ein weiterer gravierender Unterschied gegenüber dem Institut der Zwischenkriegszeit resultierte aus den vollkommen geänderten exogenen Faktoren. Die Analyse der Konjunktur war nicht nur in den Hintergrund getreten, weil nunmehr jene des Wachstums an Bedeutung gewonnen hatte, sondern weil konjunkturelle Veränderungen in einer weitgehend regulierten und von absoluten Knappheiten betroffenen Wirtschaft kaum eine Rolle spielten. Nunmehr war es notwendig, alle Sektoren der Wirtschaft gleichermaßen zu analysieren. Es muss nicht betont werden, dass angesichts dieser Gegebenheiten die Theorie in den Hintergrund trat.

Wenn ein Kennzeichen des Konjunkturforschungsinstituts darin lag, dass seit seiner Gründung engste Kontakte mit ausländischen Kollegen gepflogen wurden, fehlten solche Initiativen von Seiten des WIFO vollständig. Abgesehen von allen anderen möglichen Ursachen, war es in der Nachkriegszeit nahezu ausgeschlossen, Devisen für Auslandsaufenthalte zugewiesen zu bekommen. Wenn sich doch allmählich für Institutsmitglieder internationale Kontakte ergaben, dann resultierte dies aus der westlichen Institutionenstruktur, aus Einrichtungen wie der OEEC und der OECD und dem Internationalen Währungsfonds. Deren Tagungen mussten von den Mitgliedsländern besucht werden. Da jedoch in Österreich die Verwaltung über keine ökonomisch gebildeten Fachleute verfügte, mussten diese Aufgaben vom WIFO übernommen werden. Damit entstanden neue, sozusagen administrative, Auslandskontakte. Insbesondere Seidel vertrat lange Jahre die Republik gegenüber der OECD.¹¹

In diesem Zusammenhang muss darauf verwiesen werden, dass der hervorragende Ruf des WIFO wohl in beträchtlichem Maß durch die Rolle Nemschaks im öffentlichen Leben bestimmt war, aber ebenso dadurch, dass es ihm gelungen war, in kurzer Zeit eine Reihe exzellenter Mitarbeiter einzustellen. Schon 1946 stand Hans Seidel (späterer Leiter des WIFO) zur Verfügung. Dessen Qualitäten traten derart deutlich zu Tage, dass ihm Nemschak bereits 1947 die Redaktion und Koordination der „Monatsberichte“ anvertraute. Er übte diese Funktion derart gewissenhaft aus, dass er sämtliche Beiträge in einem gemeinsamen Stil umschrieb. Nachdem es Nemschak gelungen war, John als Ministerialrat im ERP-Büro des Bundeskanzleramtes zu deponieren, etablierte er Seidel 1962 als seinen Stellvertreter.

1947 wurde Kurt Rothschild (später Universitätsprofessor) auf Empfehlung von Hayek aufgenommen und 1950 Josef Steindl (später Honorarprofessor), der von 1935 bis 1938 im Konjunkturforschungsinstitut tätig gewesen war. Dazu kamen Lothar Bosse (nachmaliger Präsident des Statistischen Zentralamtes) sowie Stefan Koren (später Universitätsprofessor und Präsident der Oesterreichischen Nationalbank). Trotz der oft sehr unterschiedenen Position Nemschaks in der Öffentlichkeit herrschte im Institut eine sehr offene, der sachlichen Diskussion zugewandte Atmosphäre. Für seine politischen Positionen suchte er nie die Unterstützung durch die Institutsmitglieder, diskutierte aber intensiv mit ihnen über deren Abfassung. Es gab keine hierarchischen Strukturen im Haus. Nemschak nahm Anregungen zur Schaffung einer Zusatzkrankenversicherung und einer Zusatzpension wohlwollend zur Kenntnis und realisierte beides. Er sorgte für angemessene Bezahlung – zuweilen mit paternalistischen Akzenten. Ersteres ergab sich daraus, dass er außerordentliche Erfolge in der Institutsfinanzierung aufweisen konnte. Das WIFO erzielte unter allen deutschsprachigen Einrichtungen den größten Anteil an Einnahmen durch die

öffentliche Hand, die Sozialpartner, die Nationalbank sowie durch Großbetriebe.

Nemschak legte auch großen Wert auf eine klare, verständliche Sprache in den „Monatsberichten“. Deren Stil wurde im Hause durch Otto Seidel überwacht, bei größeren Arbeiten erfolgte die stilistische Korrektur durch Max Mitic von der Bundeshandelskammer. Tatsächlich wurden die „Monatsberichte“ in den frühen Jahren häufig auch von interessierten Nicht-Ökonomen gelesen. Die Arbeiterkammer abonnierte die Hefte für alle ihre Kammerräte. Vizekanzler Pittermann ermahnte das WIFO, diesen Stil beizubehalten.

Probleme einer Übergangswirtschaft

Wenn die Aufgaben und Tätigkeit des WIFO in der Nachkriegszeit dargestellt werden sollen, sei noch rekapituliert, um welche Art von Wirtschaft es in diesen Jahren ging, um welches Koordinationssystem es sich handelte. Das Institut der Zwischenkriegszeit analysierte im Prinzip eine Marktwirtschaft – den Kapitalismus. Das bedeutet, dass die Frage, was, wie viel, für wen, durch wen und womit produziert werden soll, durch Preissignale geregelt wird, welche sich auf den Märkten mittels Konkurrenz herausbilden. Die wirtschaftspolitischen Eingriffe können in diesem System grundsätzlich nur indirekten Charakter tragen, also etwa durch Geld- oder Fiskalpolitik.

Das galt nicht für die Wirtschaftssysteme der Kriegs- und Nachkriegszeit. Hier erfolgte die Koordination von Angebot und Nachfrage in hohem Maße durch behördliche Regelung. Im Extremfall wurde dem Betrieb die Produktion vorgeschrieben und die Rohstoffe zur Verfügung gestellt. Ebenso legte man fest, an wen zu liefern wäre. Das Gleiche galt für die Zuteilung, welche im Bereich des privaten Konsums etwa durch Lebensmittelmarken erfolgte, im Produktionsbereich durch Bezugscheine. Hier entstand also die Notwendigkeit eines direkten Eingriffs einer Behörde in den Ablauf von Erzeugung und Verteilung, weil die automatische Wirkung des Marktes fehlte.

Die Aufgabe des Instituts unter den solchen Gegebenheiten lag nunmehr nicht nur in der Beschreibung der Wirtschaftsentwicklung, sondern ebenso sehr auch in der Evaluierung der administrativen Herausforderungen durch die Bewirtschaftung. Beides erforderte Statistiken, die zunächst gesammelt und präsentiert werden mussten. Die ersten „Monatsberichte“ enthielten daher oft sehr detaillierte Industriestatistiken auf regionaler Basis, die bis zu einzelnen Produkten heruntergingen. Dazu kam, dass das damaligen Statistische Zentralamt Daten generell nicht in ausreichendem Maß zur Verfügung stellen konnte. Das WIFO ging daher daran, eige-

ne statistische Reihen zu konstruieren. Es erhob selbst Verbraucherpreise sowie Umsätze im Einzelhandel und verdichtete diese zu Indizes der Lebenshaltungskosten und der Einzelhandelsumsätze. Aus vorhandenen Primärstatistiken wurden Indizes der Industrieproduktion, der Tariflöhne und der Verdienste berechnet. Mit Hilfe dieser Indizes wurde monatlich die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft in der vom alten Konjunkturforschungsinstitut übernommenen Gliederung präsentiert.

Anfang der Fünfzigerjahre wurden diese Statistiken mehr und mehr vom Statistischen Amt zur Verfügung gestellt. Von bleibendem Wert erwiesen sich der Konjunktur- und Investitionstest, welchen das WIFO vom ifo-Institut in München übernommen hatte.¹²

Angesichts der veränderten ökonomischen Gegebenheiten gegenüber der Vorkriegszeit gewann auch die makroökonomische Analyse der Wirtschaft immer größere Bedeutung. Nach verschiedenen Ansätzen erzielte 1948 Richard Stone den entscheidenden Durchbruch durch die Schaffung des Systems der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Diese wurde vom WIFO durch den früh verstorbenen Mitarbeiter Richard Strigl aufgenommen, kurz danach auch von Hans Seidel, welcher an den Arbeitsgruppen zum Ausbau der internationalen Vergleichbarkeit teilnahm.

Letztlich ergab sich ein neues Element der Institutsarbeit aus der erwähnten Übernahme staatlicher Funktionen durch Nemschak. Dessen Entscheidungen mussten im Institut vorbereitet werden. So stellte Seidel aus den Unterlagen der Ministerien den für die Vergabe von Hilfsgeldern maßgeblichen Bericht an die Marshallplan-Organisation in Paris zusammen und vertrat diesen auch anlässlich des Österreich-*Hearing*. Diese enge Beziehung mit der OEEC sowie der Nachfolgeorganisation OECD blieb über Jahrzehnte hin aufrecht.¹³

Die Preis-Lohnabkommen

Obwohl die OEEC, also die Marshallplan-Verwaltung, noch explizit Planungsunterlagen für die Gewährung der Unterstützungen angefordert hatte, gingen die westeuropäischen Industriestaaten in der Folgezeit allmählich wieder in eine mehr oder minder ausgeprägte Marktwirtschaft über. Österreich entwickelte allerdings für diesen Weg ein Modell, das noch längere Zeit starke Planungselemente enthielt. Es handelte sich um die „Preis-Lohnabkommen“, ein System, welches auch Auswirkungen auf das künftige Verhältnis der Marktparteien zeitigen sollte.

Da in einer Demokratie ein Preisstopp nicht mit der gleichen Konsequenz durchgesetzt werden kann wie in einem totalitären Staat,¹⁴ setzte im Laufe des Jahres 1946 ein gewisser Preisauftrieb ein. Um dessen Beschleunigung zu vermeiden, ergriffen die Interessenvertretungen (Arbei-

terkammer bzw. ÖGB, Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, Landwirtschaftskammern) eine gemeinsame Initiative.

Der Grundgedanke des Preis-Lohnabkommens bestand darin, die Produktion in das gegebene Preisniveau hineinwachsen zu lassen, aber doch den Unternehmen die Möglichkeit zu geben, eine realistischere, der im Vergleich zur Vorkriegszeit gesunkenen Arbeitsproduktivität angemessene, Preisstruktur anzustreben, ohne dass dieses Vorhaben von der Lohnseite her erschwert würde. Man könnte das System als eine „kontrollierte Anpassungsinflation“ bezeichnen.

In Anerkennung der Disparitäten von Preisen, Löhnen und Produktion strebten die Gewerkschaften grundsätzlich nur ein konstantes Realeinkommen ihrer Mitglieder an, berücksichtigten die – beträchtlichen – Produktivitätssteigerungen vorerst nur marginal. Hier entstand zum ersten Mal nach 1945 ein Gegensatz zwischen WIFO, genauer gesagt, zwischen Nemschak und der österreichischen Politik. Dieser insistierte darauf, dass im Rahmen der Abkommen überhaupt keine Reallohnerhöhungen ins Auge gefasst werden dürften, weil das Produktionsvolumen noch bei Weitem nicht das Niveau von 1937 erreicht hätte¹⁵ und somit inflationäre Effekte zu erwarten seien. Das trug ihm den Vorwurf ein, dass er den Kompromiss der Sozialpartner erschwere. Daher wurde er zu den folgenden Verhandlungen des Abkommens nicht mehr eingeladen.¹⁶

Die Sozialpartner wollten das Ziel der Abkommen erreichen, indem die wichtigsten Kosten der Lebenshaltung fixiert wurden (70% der Ausgaben eines Arbeiterhaushalts) und der Rest – mehr oder minder – unter Preiskontrolle blieb. Daraus ergab sich allerdings, dass Preiserhöhungen in jenem Bereich voll abzugelten waren. Das betraf im Rahmen des ersten Preis-Lohnabkommens vor allem die erhöhten Agrarpreise, aber auch eine Reihe von Tarifen und Gebühren. Die Lohnerhöhung wurde mit dem Zusatz beschlossen, dass es drei Monate lang keine Lohnbewegung geben sollte.¹⁷

Als bemerkenswert muss in diesem Zusammenhang hervorgehoben werden, dass die Beschlüsse der Leitungsgremien der beteiligten Interessenvertretungen von den Mitgliedsverbänden in der Regel anstandslos durchgeführt wurden. Nur auf der Basis der unbestrittenen Autorität dieser Führungsorgane vermochte dieses System überhaupt zu funktionieren.

Auch waren sich die Sozialpartner über die Zweckmäßigkeit dieser Vorgangsweise vollkommen einig. So erklärte Kamitz, damals Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung der Bundeswirtschaftskammer, dem späteren Generalsekretär der Vereinigung österreichischer Industrieller Franz C. Fetzer zur Freigabe der Preise:

„Sie haben recht, aber im Augenblick ist es unmöglich, Ihren Wunsch zu verwirklichen, denn wenn wir unvermittelt die Preise freigeben, müssen wir auch die Löhne freigeben, und was meinen Sie, werden dann, auf län-

gere Frist gesehen, die Folgen sein? Wir können die Bewirtschaftung nur langsam abbauen und auch gegenüber berechtigten Wünschen der Wirtschaft muss Zurückhaltung geübt werden!“¹⁸

Die ersten drei Abkommen erwiesen sich als erfolgreich, weil die Inflation zumindest unter Kontrolle gehalten werden konnte und die Wirtschaft Zeit gewann, um den Wiederaufbau reibungslos zu vollziehen. Im November 1947 hatte man mit dem Währungsschutzgesetz überdies einen neuerlichen Versuch unternommen, die Geldmenge zu reduzieren.

1949 hatte das österreichische Bruttoinlandsprodukt schon das Niveau von 1937 erreicht, und die Produktivität war entsprechend gestiegen. Sowohl die Bewirtschaftung als auch die Preisregulierung wurden beträchtlich eingeschränkt. Der Zeitpunkt zum Abgehen von den Preis-Lohnabkommen zugunsten der marktwirtschaftlichen Koordination wäre gegeben gewesen.

Dennoch hielt die Politik an dem System fest, weil es die Möglichkeit zu bieten schien, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme relativ einfach und auf einvernehmliche Weise zu lösen. Das vierte Abkommen wurde diesen Erwartungen schon deshalb nicht mehr gerecht, weil über die „Korea-Hausse“ die Inflation von außen angeheizt wurde. Dieses Abkommen führte sogar zu Arbeiterunruhen, welche die Kommunistische Partei zu putschartigen Aktivitäten veranlasste. Ein fünftes Abkommen vermochte seine Ziele überhaupt nicht mehr zu erreichen, es beschleunigte im Gegenteil durch entsprechende Unternehmererwartungen die inflationären Tendenzen.

Damit wurde in stets weiteren Kreisen einsichtig, dass das System der Preis-Lohnabkommen insofern nicht länger funktionierte, als auf diese Weise der inflationäre Auftrieb nicht beendet werden konnte. Der Übergang zur marktwirtschaftlichen Koordination schien angezeigt. Eine Auffassung, welche Nemschak von Anfang an vertreten hatte, die aber nunmehr besondere Aktualität erfahren hatte. Der unmittelbare Anstoß dazu kam allerdings von den USA sowie der Europäischen Zahlungsunion (EZU). Diese hatten nicht nur auch die mangelnde Funktionsfähigkeit des Systems erkannt, sie waren überdies zu dieser Zeit bereits entschlossen, die westeuropäischen Volkswirtschaften stärker in Richtung der marktwirtschaftlichen Koordination zu drängen und vor allem auch die österreichische von der Auslandshilfe unabhängig zu machen. Ihren Niederschlag fand diese Position darin, dass die USA sowie die EZU ultimativ eine solche Umstellung verlangten, unter der Androhung, andernfalls die Auszahlung der ERP-Counterpartmittel zu sperren.¹⁹

Die monetäre Stabilisierung wurde zunächst durch klassische Instrumente, wie die Erhöhung der Bankrate 1951 um 1,5 Prozentpunkte auf 5% und 1952 auf 6% sowie den Budgetausgleich und eine administrative Beschränkung des Kreditvolumens bewirkt. Preise und Löhne wurden

schließlich weitgehend freigegeben. Allerdings trugen auch die Sozialpartner zur Stabilisierung bei. Die Unternehmensvertreter initiierten eine „Preissenkungsaktion“, und die Gewerkschaften sicherten einen Lohnstopp von 1½ Jahren zu. Tatsächlich sank 1953 der Verbraucherpreisindex um 5,4%.²⁰ Nach der „Stabilisierungskrise“ 1953 begann der Aufstieg ins „Goldene Zeitalter“.

Der Kampf um die Unabhängigkeit

In der österreichischen Innenpolitik hatte sich die aus der Nachkriegssituation geborene Koalition zwischen der ÖVP und der SPÖ verfestigt. Deren positiver Aspekt umfasste auch die Kooperation zwischen Arbeiterschaft und Unternehmern. Andererseits versuchten nunmehr beide politischen Kräfte eine gewisse Kontrolle über Aussagen in der Öffentlichkeit zu erlangen. Das ging damit einher, dass insbesondere den jeweiligen Kammern allmählich auch wirtschaftspolitisch kompetente Mitarbeiter zur Verfügung standen,²¹ sodass die Aussagen des WIFO und Nemschaks nicht unbesehen akzeptiert wurden wie in den ersten Nachkriegsjahren. Daraus entstanden Diskrepanzen zwischen den Vertretern der Wirtschaftspolitik, wie sie im Zusammenhang mit dem Preis-Lohnabkommen dargestellt wurden. Sie schlugen sich zunächst darin nieder, dass – wie erwähnt – Nemschak nicht mehr zu den Verhandlungen eingeladen wurde.

Zum Eklat kam es, als Nemschak in einem Vortrag vom 20. November 1951 noch einmal in drastischen Worten das System der Preis-Lohnabkommen und damit die österreichische Wirtschaftspolitik schlechthin kritisierte. Er führte deren Verfehlungen hauptsächlich darauf zurück, dass infolge der Nachkriegsgegebenheiten den wohlorganisierten Interessenvertretungen in der Wirtschaftspolitik ein übermäßiges Gewicht zukäme, was zur Folge hätte, dass vor allem deren Anliegen realisiert, wogegen die gesamtwirtschaftlichen Interessen vernachlässigt würden.²² Es sei daher dringend erforderlich, ein „gesamtwirtschaftliches Konzept“ zu entwickeln, um der österreichischen Wirtschaft Entwicklungsmöglichkeiten zu eröffnen. Der Inhalt seines Konzeptes bezog sich im Wesentlichen darauf, die wirtschaftliche Koordination wieder den Marktkräften zu überlassen.

Es sei „möglich und im Interesse der Sanierung und Erhaltung Österreichs notwendig, an Stelle der bisherigen, vielfach nur improvisierenden, den Sparsamen, Tüchtigen und Ehrlichen entmutigenden und das ganze Volk demoralisierenden, in ihren Auswirkungen absolut leistungshemmenden und produktivitätsfeindlichen Wirtschaftspolitik eine neue Wirtschaftspolitik zu konzipieren und durchzusetzen, die in weit höherem Maße als bisher dem Gedanken der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätssteigerung Rechnung trägt“.²³

Die Politik hat allerdings oft auch extraökonomische Aspekte ins Auge zu fassen. Als krasses Beispiel sei der Beschluss der damaligen Bundesregierung genannt, 1918 allen Kriegsheimkehrern im Bedarfsfalle eine Arbeitslosenunterstützung zu gewähren, obwohl kein Leistungsanspruch bestand. Trotzdem es evident erschien, dass diese durch ein massives Budgetdefizit finanzierte Leistung die Inflation beschleunigen musste, schien es sinnvoll, auf dieser Weise revolutionäre Tendenzen aufzufangen.

Nun war zwar nach dem Zweiten Weltkrieg die Situation nicht annähernd so dramatisch, doch schienen gewisse Kompromisse zweckmäßig, um die Arbeiterschaft zufriedenzustellen und damit die Zusammenarbeit der Sozialpartner zur ermöglichen – umso mehr, als man stabilisierende Effekte der Geldpolitik erwarten konnte (Währungsschutzgesetz). Für derartige Überlegungen fehlte Nemschak das Verständnis, umso weniger, als er eben die Preis-Lohnabkommen nicht als geeignetes Instrument betrachtete, das interne finanzielle Gleichgewicht herzustellen, sondern eine entsprechende Währungsreform als unausweichlich betrachtete.²⁴

In dieser Angelegenheit manifestierte sich ein kennzeichnender Charakterzug Nemschaks. Wenn er einmal in einer Sachfrage zu einer bestimmten Überzeugung gelangt war, dann hielt er nicht nur an dieser fest, sondern war auch zu keinen wirtschaftspolitischen Kompromissen bereit. Dazu kam, dass, wie bereits dargelegt, das WIFO in der unmittelbaren Nachkriegszeit eine derart dominierende Position für die österreichische Wirtschaftspolitik einnahm, dass er sich als dessen Leiter berufen fühlte, dieser auch Anweisungen zu erteilen. Eine Vorgangsweise, welche von den Politikern allmählich weniger akzeptiert wurde.

Auch blieb seine Beurteilung der innenpolitischen Situation in Österreich verfehlt, wenn er eine Diskrepanz zwischen den Interessen der Sozialpartner und der Bundesregierung zu erkennen glaubte. Das österreichische Nachkriegssystem beruhte auf einem Ausgleich zwischen den großen sozialen Gruppierungen, welches nicht nur von den Interessenvertretungen getragen wurde, sondern auch von den großen politischen Parteien, die sich zu einer großen Koalition zusammengeschlossen hatten.

Auch vermochte er damals die positiven Auswirkungen stabiler sozialer wie politischer Gegebenheiten für das Wirtschaftswachstum nicht zu erkennen, wenn er der Wirtschaftspolitik ausschließlich negative Wirkungen darauf zuschrieb. Denn tatsächlich vollzog sich der ökonomische Wiederaufbau in den späten Vierzigerjahren in eindrucksvollem Ausmaß. 1950 hatte das Bruttoinlandsprodukt bereits das Niveau von 1937 überschritten.

Angesichts der sehr pointierten Ausführungen in dem zitierten Vortrag konnte der anwesende Finanzminister Margaretha nur mit Mühe daran gehindert werden, den Saal zu verlassen.²⁵ In der Folge wurden Stimmen laut, welche die Abberufung Nemschaks als Leiter des WIFO verlangten.

Dazu kam es nicht, aber die Sozialpartner zeigten sich entschlossen, das Institut unter Aufsicht zu stellen. Dieses Ziel sollte anlässlich der kommenden Generalversammlung realisiert werden. Nemschak verschob darauf diese mehrfach und machte sich daran, durch intensive Diskussion mit den maßgeblichen Stellen die Gefahr abzuwenden. Seine Bemühungen wurden allerdings dadurch begünstigt, dass sich ja indessen die Funktionsunfähigkeit der Preis-Lohnabkommen letztlich erwiesen hatte und die internationalen Stellen den Übergang zur Marktkoordination urgieren. Und es war ein früherer Angehöriger des Instituts, Kamitz, der als Finanzminister diesen Schritt setzte.²⁶ In den neuen, 1952 erlassenen Statuten des WIFO wurde dessen Unabhängigkeit ausdrücklich bestätigt und die Finanzierung sichergestellt. Allerdings wurde eine gewisse Kontrolle damit eingeführt, dass die „Einleitung“ der „Monatsberichte“ der Regierung sowie den Sozialpartnern vor der Publikation zur Verfügung gestellt wurde.

Neue Verstimmungen entstanden, als das Institut die negativen Auswirkungen der Stabilisierungskrise 1952/53 darstellen musste. Diese verflüchtigten sich erst mit dem Anspringen der Konjunktur Ende 1953, als es nur Positives zu berichten gab. Ein kühlerer Wind frischte jedoch schon Ende 1954 auf, als nämlich das WIFO vor einer Überhitzung der Konjunktur warnte. Das erregte in allen politischen Lagern Verärgerung, man warf ihm eine „Manie der Gefahrsucht“ vor. Auch diese Querelen fanden ein Ende, als die Überhitzung tatsächlich eintrat.²⁷

Eine weitere Reibungsfläche resultierte daraus, dass Kamitz, Institutsmitglied der Vorkriegs- und der Kriegszeit, 1952 das Finanzministerium übernahm. Er war es, der die Stabilisierung der österreichischen Wirtschaft unter marktwirtschaftlichen Aspekten vollzog. Aber seine Politik beschränkte sich keineswegs auf diesen kurzfristigen Aspekt, sondern er ging daran, sozusagen die marktwirtschaftlichen Mechanismen der österreichischen Wirtschaft, welche noch immer als Folge der Kriegs- und Nachkriegswirtschaft blockiert waren, wieder in Gang zu setzen. Diesem Zweck diente eine Fülle von Maßnahmen, so etwa die Kapitalmarktgesetze: das Bankenrekonstruktionsgesetz, das Versicherungswiederaufbaugesetz und das Nationalbankgesetz 1955. Der Außenhandel wurde liberalisiert und die Währung konvertibel gemacht. Das Schillingeröffnungsbilanzgesetz 1954 ermöglichte es den Unternehmern, ihre Anlagegüter noch einmal zum Zeitwert zu bilanzieren. Das Sparförderungsgesetz versuchte den heimischen Kapitalmarkt zu stärken, und schließlich kam es zur Fixierung eines realistischen Wechselkurses von 26 Schilling je Dollar, was eine Abwertung bedeutete.

Das Wachstum wurde gleichfalls vielfältig angeregt, beispielsweise durch dreimalige Senkung der Lohn- und Einkommensteuern durch vorzeitige Abschreibung von Wirtschaftsgütern. Mit dem Ausfuhrförderungs-

gesetz führte Kamitz die Rückvergütung der Umsatzsteuer für Exporte ein, ebenso wie die „Exportrisikohaftung“, die Bundeshaftung für Exportgeschäfte. Die Handelsdelegierten der Bundeshandelskammer erwiesen sich als äußerst effektiv.²⁸

Die Expansion der sozialen Sicherheit – 1955 wurde das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz (ASVG) beschlossen, 1957 folgten das Gewerbliche-Selbständigen Pensionsversicherungsgesetz (GSPVG) sowie das Landwirtschaftliche Zuschussrentenversicherungsgesetz (LZVG) – ging stärker auf die Initiative des sozialistischen Koalitionspartners zurück.

Diese Phase der Wirtschaftspolitik erwies sich als außerordentlich wirksam. Das Wachstum der österreichischen Wirtschaft wurde lediglich geringfügig von jenem der Bundesrepublik Deutschland übertroffen.²⁹

Die ÖVP versuchte diesen außerordentlichen Erfolg für sich auszunützen, indem sie diesen als Resultat des „Raab-Kamitz-Kurses“ präsentierte. Kamitz erwartete dafür die Unterstützung des WIFO, welche nicht erfolgte. Es wurde ein Ausspruch Nemschaks kolportiert: „Wir brauchen keinen Raab-Kamitz-Kurs, sondern ein gesamtwirtschaftliches Konzept.“ Wiewohl sich diese Position verständlicherweise aus der streng unparteiischen Einstellung des Instituts erklären lässt, zerbrach daran die alte Freundschaft der beiden Männer und führte sogar zu Sanktionen des Finanzministeriums. Daraus ergaben sich Finanzierungsengpässe für das WIFO, welche nur teilweise durch Sonderfinanzierungen überbrückt werden konnten. Gleichzeitig verzichtete das Institut auf das bis dahin übliche „Dreireden“ in wirtschaftspolitischen Fragen. Einschlägige Aussagen des Leiters wurden von da an explizit als persönliche Auffassungen gekennzeichnet.³⁰

Der Integrationsstreit

Die Sechzigerjahre des vorigen Jahrhunderts brachten Veränderungen der ökonomischen wie institutionellen Entwicklung des Landes. Obwohl das Wirtschaftswachstum unter späteren Gesichtspunkten als extrem hoch betrachtet werden kann, bezeichneten die Zeitgenossen die Mitte der 60er-Jahre als „Strukturkrise“, weil die Zuwachsrate des BIP knapp unter den europäischen Durchschnitt gesunken war.

Tatsächlich zeichneten sich doch einige Strukturprobleme ab. Das Wachstum der bis dahin dominierenden Industrie übertraf den Zuwachs des BIP kaum mehr, und die Zunahme der Industrieinvestitionen fiel ab. Diese Entwicklung resultierte aus Veränderungen auf dem Weltmarkt, wo die Steigerung der Nachfrage nach Rohstoffen und Halbfertigwaren, wie Eisen, Stahl und Aluminium oder Rotationspapier, zurückging. Diese Problematik betraf vor allem die verstaatlichte Industrie, welche mit ihrer Pro-

duktion zum Träger des Nachkriegsbooms geworden war. Damit ging eine Verlangsamung der österreichischen Exporte mit einer stärkeren Passivierung der Handelsbilanz einher.

Einen gewissen Ausgleich für den Mangel an industrieller Dynamik schuf der Ausländerfremdenverkehr. Dieser hatte sich bis Anfang der 50er-Jahre nur zögerlich entwickelt, wurde aber nach dem Staatsvertrag 1955 zu einer „Wachstumsbranche“ und vermochte auf diese Weise die sich verschlechternde Handelsbilanz zu entlasten.

Auswirkungen darauf zeitigte auch der europäische Integrationsprozess, welcher sich zuletzt in der Gründung der beiden Handelsblöcke, nämlich der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ab 1958 sowie der Freihandelszone „European Free Trade Association“ (EFTA) ab 1960 manifestierte. Obwohl Österreich aufgrund seiner geografischen Lage die Hälfte seines Außenhandels mit der EWG abwickelte und nur etwa 10% mit den EFTA-Ländern, musste es sich infolge seines Neutralitätsstatus mit der Mitgliedschaft bei letzterer begnügen. Natürlich setzten infolge der Zolldiskriminierung Handelsumleitungen ein, welche per Saldo gleichfalls die Exporte dämpften.³¹

Das erregte den erbitterten Widerstand Nemschaks. Er befürchtete katastrophale Auswirkungen für die österreichische Wirtschaft und lehnte den Beitritt zur EFTA vehement ab. Er begründete dies ausführlich in einer umfassenden Studie.³² Und auch nach Vertragsabschluss forderte er ein Assoziierungsabkommen mit der EWG oder zumindest eine generelle europäische Zollunion.³³ Er stand damit keineswegs allein. Berühmt wurde der Ausspruch des steirischen Landeshauptmanns Josef Krainer, Österreich werde „in Neutralität verhungern“. Der Versuch von Außenminister Kreisky, Nemschak telefonisch die Gründe für den EFTA-Beitritt zu erläutern, schlug vollkommen fehl und endete in einem Schreiduell. Gerüchte wollen wissen, dass sich Nemschak zu Hallstein begeben hatte, um sozusagen auf eigene Faust den EWG-Beitritt Österreichs herbeizuführen. Die Situation beruhigte sich zwangsläufig dadurch, dass ein EWG-Beitritt weder von Bundesregierung noch von der EWG ins Auge gefasst wurde. Darüber hinaus traten zwar die dargelegten negativen Folgen für Österreichs Wirtschaft ein, erwiesen sich jedoch weder als katastrophal, noch blieben sie lange spürbar. Freilich bleibt zu bemerken, dass sich Österreich in den Folgejahren intensiv um eine Assoziation mit der EWG bemühte.

Diese wirtschaftliche Entwicklung dieser Periode wurde von einer permanenten, wenngleich mäßigen Inflation begleitet. Unter den Maßnahmen, welche die Wirtschaftspolitik zu deren Bekämpfung ergriff, sticht die 1957 erfolgte Gründung der „Paritätischen Kommission für Preis- und Lohnfragen“ hervor. Mit dieser Einrichtung, welche die drei Kammern und den ÖGB umfasste, sollte eine gewisse Kontrolle von Löhnen und Preisen

erfolgen. Damit wurde sozusagen die formale Basis der österreichischen Sozialpartnerschaft gelegt. Zur fachlichen Vorbereitung der Kommissionsarbeit wurden Unterausschüsse für Preis- und Lohnfragen geschaffen. Von entscheidender Bedeutung für die Wirtschaftspolitik im Allgemeinen sowie deren Inhalt und Stil erwies sich jedoch die auf Anregung des Gewerkschaftsökonomen Heinz Kienzl erfolgte Gründung des dritten Unterausschusses, des „Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen“. In dessen Untergruppen arbeiteten Vertreter der Sozialpartner, der Ministerien sowie des WIFO zusammen, um Studien zu den aktuellen Fragen der österreichischen Wirtschaftspolitik auszuarbeiten, welche von den Präsidenten der Sozialpartner approbiert und damit zu wichtigen Hinweisen für die Politik wurden.

Ein neues Ambiente

Diese Veränderungen zeitigten Konsequenzen für das WIFO sowie auch für die Position Nemschaks. Das Institut hatte nicht mehr das „Monopol wirtschaftsempirischer Wahrheit“, wie es Streissler bezeichnet hatte, sondern es entwickelten sich auch andere Zentren ökonomischer Forschung. Das galt zunächst für die Universitäten, welche zuvor an den aktuellen Problemen der Wirtschaftspolitik geringes Interesse an den Tag gelegt hatten. Das änderte sich nunmehr. Pütz edierte eine Sammelarbeit über die Sozialpartner, und Streissler, zeitweise ebenso wie Adolf Nußbaumer Mitarbeiter des WIFO, meldete sich ständig mit wirtschaftlichen Analysen zu Wort. Sowohl die Arbeiterkammer wie auch die Handelskammer hatten ihre wirtschaftswissenschaftlichen Abteilungen massiv ausgebaut und mit hoch qualifizierten Ökonomen besetzt. Und letztlich entwickelten auch die politischen Parteien eigene Wirtschaftskonzepte, welche auf fachökonomischer Basis beruhten.

So verfasste der ehemalige Mitarbeiter des WIFO, Universitätsprofessor Koren, als Staatssekretär ein wirtschaftliches Reformprogramm für die ÖVP, den „Koren-Plan“. Aufseiten der sozialistischen Opposition hatte der neue Parteivorsitzende, Bruno Kreisky, eine Kommission ins Leben gerufen, welche gleichfalls die Aufgabe hatte, ein „Programm zur Reform der österreichischen Wirtschaft“ auszuarbeiten. Deren einzelne Kapitel wurden zwar in größerem Rahmen („1400 Experten“) diskutiert, aber die wesentliche Arbeit oblag Wirtschaftsfachleuten aus dem beschriebenen Personenkreis, von welchen viele Ressorts im späteren Kabinett Kreisky übernahmen – Hannes Androsch, Hertha Firnberg, Josef Staribacher, Ernst Eugen Veselsky und Oskar Weiss. Außer Androsch kamen alle aus der Arbeiterkammer.³⁴

Diese Veränderungen zeitigten unterschiedliche Auswirkungen auf die

Position des WIFO. Einerseits verlor es sein wirtschaftsanalytisches Monopol, und auch die wirtschaftspolitische Beratung erfolgte nunmehr von mehreren Institutionen, andererseits waren seine Mitarbeiter besonders nachgefragt, weil die zahlreichen neuen Gremien ihren sachkundigen Beitrag benötigten. So gab es in den Arbeitsgruppen des „Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen“ keine ohne Institutsmitarbeiter. Häufig übernahmen sie auch den Vorsitz dieser Gremien. Die bereits bestehende kurzfristige Prognose des Instituts wurde als Arbeitsgruppe des Beirats etabliert. Seidels Hochschätzung dokumentierte sich darin, dass er zum „ständigen Experten“ des Beirats gewählt wurde. Diese Stellung vermochte er nicht nur deshalb mit großem Erfolg auszuüben, weil ihn seine ökonomische Sachkunde dazu befähigte, sondern auch weil es seinem Temperament entsprach, stets Wege zu einer Übereinkunft zunächst widerstreitender Positionen zu suchen.

Letztlich erfolgte auch innerhalb des Instituts insofern eine Änderung, als Rothschild 1965 als Betriebsratsobmann erreichte, dass nunmehr die Artikel der Mitarbeiter von den Autoren gezeichnet werden sollten.

Es liegt auf der Hand, dass diese neue Konstellation die bis dahin dominierende Position Nemschaks in der Öffentlichkeit abschwächte. Das galt noch in geringere Maß während der Regierung Klaus, aber umso akzentuierter während der Regierung Kreisky. Diese Entwicklung führte sogar zu Spannungen im Hause. Nemschak warf Seidel vor, die Institutsarbeit zugunsten der Beiratstätigkeit zu vernachlässigen. Er ging sogar so weit, den Chefökonom der Oesterreichischen Nationalbank, Direktor Georg Albrecht, zu sich zu bitten und ihm die Stelle des stellvertretenden Leiters des WIFO anzubieten. Dieser lehnte den Vorschlag mit dem Argument ab, für einen solchen Posten nicht ausreichend theoretische Kenntnisse aufzuweisen. Tatsächlich dachte Albrecht nicht im Entferntesten daran, Seidel zu konkurrenzieren. Es stellt sich auch rückblickend die Frage, ob Nemschak die politische Situation noch richtig einschätzte. Es scheint ausgeschlossen, dass der Institutsvorstand einer Absetzung des nunmehr hochangesehenen Seidel zugestimmt hätte – noch weniger angesichts des Konfliktes zwischen Nemschak und der Bundesregierung über den EFTA-Beitritt.

Ein Konflikt zwischen WIFO und Beirat ergab sich aus dem Versuch des Beirats – angeregt durch die französische „*Planification*“ –, eine mittelfristige Prognose einzurichten.³⁵ Ursprünglich sollte diese im Rahmen des WIFO etabliert werden, aber unter der direkten Kontrolle des Beirats stehen. Ein Anliegen, das von Nemschak brüsk zurückgewiesen wurde. Daher wurde dazu 1968 ein eigenes Institut gegründet, das die Sozialpartner paritätisch besetzten. Ihm war jedoch kein glückliches Schicksal beschieden, denn es wurde nach kurzer Zeit wegen Erfolglosigkeit aufgelöst.

Erfolge zum Ausklang

Wenngleich die dominierende Position Nemschaks infolge der institutionellen Veränderungen in Wirtschaftsforschung und Wirtschaftspolitik erheblich eingeschränkt worden war, blieb sein Einfluss in der Politik beträchtlich. Dies dokumentierte sich vor allem im Zusammenhang mit der Errichtung eines eigenen Hauses für das WIFO. Angesichts der stets wachsenden Aufgaben des Instituts musste der Personalstand deutlich ausgeweitet werden. Damit erwies sich die bisherige Unterbringung des Instituts in einer Eigentumswohnung auf dem Hohen Markt im Zentrum Wiens als unzureichend.

Daher beschloss Nemschak spontan, dem WIFO ein eigenes Haus errichten zu lassen. Natürlich wäre das aus dem laufenden Budget des Instituts niemals zu finanzieren gewesen. Er trat daher an die Vorstandsmitglieder sowie andere öffentliche Körperschaften, wie etwa die Gemeinde Wien, mit dem Ersuchen heran, einen Beitrag zu den Kosten des Hauses in der Höhe von insgesamt 30 Mio. Schilling zu leisten. Diese Aktion zeitigte einen durchschlagenden Erfolg, indem Nemschak sogar einen höheren Beitrag zu realisieren vermochte, als ursprünglich vorgesehen. Am Rande sei vermerkt, dass dafür auch die Gründung der Ostforschung eine wichtige Rolle spielte.

Die Eröffnung des neuen Hauses im Arsenal-Komplex wurde unter Anwesenheit der gesamten Bundesregierung festlich begangen. Der Schreiber dieser Zeilen war an Staatssekretär Heinrich Neisser mit der Anregung herantreten, Nemschak bei dieser Gelegenheit einen Orden zu verleihen. Neisser nahm diesen Vorschlag gerne auf, und so wurde dem Institutsleiter nach der offiziellen Eröffnung von Handelsminister Mitterer das „Große Goldene Ehrenzeichen der Republik“ verliehen. Dieser Akt nahm jedoch dramatischen Charakter an, als Nemschak, nach einem kurzen „Danke“, den Minister scharf kritisierte, weil ihm, trotz seiner ungeheuren Verdienste, der Orden so spät verliehen werde. Versuche Mitterers, den Fluss der Philippika Nemschaks zu unterbrechen, erwiesen sich als aussichtslos.

Das neue Haus bot nicht nur dem Mitarbeiterstab des WIFO genügend Raum, sondern schuf auch die Gelegenheit, das neu geschaffene Rechenzentrum, welches gemeinsam für das WIFO und das IHS geschaffen wurde, gleichfalls dort unterzubringen.

Die Ostforschung

Die zunächst eisigen Beziehungen zwischen Österreich und der Sowjetunion machten nach dem Staatsvertrag von 1955 korrekten Kontakten

Platz, welche sich in den Sechzigerjahren als Folge der österreichischen Neutralität allmählich zu einem gewissen Wohlwollen auf Seiten der letzteren entwickelte. Die Kontakte zu den übrigen osteuropäischen Staaten blieben trotz des politökonomischen Systemunterschieds eng.

Damit entstand verschiedentlich ein Forschungsinteresse an der Entwicklung in diesen Ländern, welches zur Errichtung des „Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Institutes“ in Wien führte. Dieses beschäftigte sich mit vielen Bereichen der Donaustaaten. Sein Ostwirtschaftsreferat befasste sich vor allem mit deren laufender Wirtschaftsentwicklung sowie mit der Erstellung von praxisbezogenen Berichten für die österreichische Wirtschaft.

Demgegenüber gelangte Nemschak aufgrund seiner in- und ausländischen Recherchen zu dem Ergebnis, dass man eine neue Form der Ostforschung installieren müsse. Schon zuvor hatte er osteuropäischen Emigranten Arbeitsmöglichkeiten im WIFO eröffnet (Kazimierz Laski, Nandor Nemeth, Jiří Skolka, Jan Stankovsky). 1967 verfasste er ein Exposé über die Gründung eines „Instituts für internationale Wirtschaftsvergleiche“ unter Mitarbeit von Ökonomen aller betroffenen Staaten. Wien sollte sich als „Welthauptstadt der Ost-West-Forschung“ etablieren. Dieser Gedanke fiel auf fruchtbaren Boden in Ost und West.

Da sich jedoch niemand fand, diese Anregung zu realisieren, ergriff schließlich Nemschak selbst die Initiative und begann 1968/69 im Rahmen des WIFO eine Abteilung für Internationale Wirtschaftsvergleiche aufzubauen.³⁶ Er engagierte einen Abteilungsleiter aus Deutschland, welcher die Zusammenarbeit des kleinen Stabes im WIFO mit Ökonomen aus den Oststaaten in Gang setzte. Trotz zeitweiliger Schwierigkeiten – die Ereignisse in der Tschechoslowakei 1968 – entwickelte sich die Arbeit außerordentlich erfolgreich und fand ihren Niederschlag in der Publikationsreihe „Studien über Wirtschafts- und Systemvergleiche“ sowie in laufenden „Forschungsberichten“. Das Gros der Veröffentlichungen fiel in den Bereich des Systemvergleichs, wie beispielsweise Nešvera/Dubravcic, Investitionen in Österreich und in der Tschechoslowakei (Wien 1971) oder Kosta/Kramer/Slama, Der technologische Fortschritt in Österreich und der Tschechoslowakei (Wien 1971).

1973 wurde die Abteilung als „Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche“ verselbständigt. Da Nemschak die Leitung des WIFO 1972 mit seinem 65. Lebensjahr zurücklegte, erschloss sich für ihn mit der Leitung seiner Schöpfung ein weites Betätigungsfeld, das er mit ungemeinder Energie verfolgte. Die Ostforschung erwies sich auch in ihrer neuen Form als außerordentlich erfolgreich. Dies umso mehr, als die wissenschaftliche Leitung der renommierte tschechoslowakische Ökonom und früherer Politiker F. Levčik übernahm. Nemschak vermochte sein Werk noch bis 1978 voranzutreiben.

Freilich lässt sich nicht vermeiden, darauf hinzuweisen, dass seine Beurteilung der Situation wie der künftigen Entwicklung verfehlt war. Er ging nämlich von der Hypothese aus, dass die westliche Marktwirtschaft mit der östlichen Planwirtschaft zu einem Amalgam verschmelzen würde, welche der Nobelpreisträger Jan Tinbergen vertrat. Das blieb eine irri- ge Hypothese. Die Tätigkeit seines Instituts trug nicht ganz unerheblich zur Implosion des östlichen Systems bei. In den gemeinsamen Forschungsarbeiten analysierte man rein sachlich, doch gerade dadurch wurden die Vor- und Nachteile der beiden Wirtschaftssysteme offensichtlich, und die Ökonomen aus den Oststaaten wurden häufig zu Trägern des dortigen Wandels.

Eine einmalige Erscheinung

Betrachtet man den Lebensweg Franz Nemschaks, wird man nicht umhinkönnen, in ihm eine einmalige Erscheinung zu sehen. Das beginnt damit, dass er völlig spontan, ohne dass jemand den Wunsch nach einem solchen Institut geäußert hätte, sofort nach Kriegsende daranging, das „Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung“ zu gründen, wohl wissend, dass sich die Anlehnung an das „Österreichische Institut für Konjunkturforschung“ in jeder Hinsicht vorteilhaft auswirken würde. Der Mangel an ökonomischem Fachwissen im Land verlieh dem Institut eine Position, die weit über jene eines üblichen Wirtschaftsforschungsinstituts hinausging, weil es auch Funktionen in der staatlichen Verwaltung übernahm, insbesondere im Kontakt mit den internationalen Gremien. Die außerordentliche Hochschätzung des Hauses sowie seiner Person manifestierte sich auch darin, dass ihm weitere staatsnahe Leitungsfunktionen übertragen wurden. Nicht nur das Haus galt als unbestrittener Repräsentant „wirtschaftsempirischer Wahrheit“, noch mehr dessen Leiter Franz Nemschak.

Diese einmalige Position erlitt Anfang der Fünfzigerjahre erste Einschränkungen, welche gleichzeitig kennzeichnende Charakterzüge Nemschaks offenlegten. Neben seiner unbändigen Energie und seinem Fleiß zeichnete er sich dadurch aus, dass er einmal erarbeitete Einsichten mit einer Radikalität vertrat, die keine Kompromisse kannte. Die massive Kritik an der Regierungspolitik Anfang der Fünfzigerjahre führten zu dem Versuch, ihm die Institutsleitung zu entziehen. Auch dabei zeigten sich seine charakteristischen Verhaltensweisen, Er verschob die Generalversammlung ein Jahr, solange bis er durch intensive Bearbeitung der Vorstandsmitglieder dieses Ansinnen zu Fall gebracht hatte. Seine kritischen Positionen schränkten in keiner Weise sein Ansehen in der Öffentlichkeit ein.

Im Lauf der Sechzigerjahre änderte sich das Ambiente, weil es immer mehr Fachleute in immer mehr Institutionen gab, die eigene wirtschaftspolitische Auffassungen vertraten. Das gilt insbesondere für den Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen. Dieser minderte in keiner Weise die Hochschätzung des Instituts, im Gegenteil, dessen Mitarbeiter spielten eine zentrale Rolle in seinen Gremien. Besonders Hans Seidel, dessen Wissen sowie diplomatisches Geschick besonders geschätzt wurde. Der Bedeutungsverlust Nemschaks führte offenbar zu internen Spannungen, die allerdings ohne Konsequenzen blieben.

Charakteristisch für Nemschak erwies sich wieder seine erbitterte Auseinandersetzung mit der Regierung über den Beitritt Österreichs zur EFTA. Das blieb allerdings eine persönliche Aktivität, welche vom Institut in keiner Weise mitgetragen wurde. Im Gegenteil, manche Institutsaufsätze blieben recht skeptisch gegenüber den Vorteilen der europäischen Integration.

Wenngleich Nemschak seine charismatische Position in der österreichischen Wirtschaftspolitik eingebüßt hatte, vermochte er in den Sechzigerjahren noch eindrucksvolle Leistungen zu erbringen, welche wieder seine ungebrochene Energie widerspiegeln. Da ist zunächst die Errichtung eines eigenen Hauses für das WIFO, aber vor allem der Aufbau einer ökonomischen Ostforschung. Dieser Gedanke wurde zwar allgemein begrüßt, aber niemand ergriff die Initiative dazu. Das tat Nemschak, indem er eine Ostabteilung im Rahmen des WIFO einrichtete und erfolgreich ausweitete. Mit seiner Emeritierung im Jahre 1972 wurde diese Abteilung in ein selbstständiges Institut umgewandelt, welche bis zur Gegenwart außerordentlich erfolgreich arbeitet.

Alles in allem das Bild eines außerordentlichen Menschen, dessen Fähigkeiten ihn weit über das Niveau seiner Fachkollegen hinaushob.

Anmerkungen

- ¹ Reichmann (2010) 47.
- ² Butschek (2012) 2012; Klausinger (2017) 935.
- ³ Reichmann (2010) 64.
- ⁴ Nemschak (1967) 27.
- ⁵ Seidel (2012) 461.
- ⁶ Seidel (2012) 462.
- ⁷ Seidel (2012) 461.
- ⁸ Seidel (2012) 462.
- ⁹ Siehe dazu Guger (2016).
- ¹⁰ Seidel (2012) 462.
- ¹¹ Seidel (2012) 465.
- ¹² Seidel (2012) 463.
- ¹³ Seidel (2012) 465.
- ¹⁴ Nemschak (1947) 16.
- ¹⁵ Nemschak (1948) 11.

- ¹⁶ Seidel (2012) 464.
¹⁷ WIFO-Monatsberichte 8 (1947) 172.
¹⁸ Diwok, Koller (1977) 440.
¹⁹ Seidel (2005) 488.
²⁰ Butschek (2011) 278.
²¹ Siehe dazu Chaloupek (Hrsg., 2015).
²² Nemschak (1951) 9.
²³ Nemschak (1951) 32.
²⁴ WIFO-Monatsberichte 8 (1947) 176, 10 (1947) 239.
²⁵ Seidel (2012) 466.
²⁶ Nemschak (1956) 89.
²⁷ Nemschak (1956) 92.
²⁸ Diwok, Koller (1977).
²⁹ Butschek (2011) 299.
³⁰ Seidel (2012) 466.
³¹ Butschek (2011) 324.
³² Nemschak (1959).
³³ Nemschak (1960).
³⁴ Butschek (2011) 331.
³⁵ Seidel (1993) 43.
³⁶ Stankovsky, Gazzari (1973) 241ff.

Literatur

- Butschek, F., Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert (Stuttgart – Wien 1985).
Butschek, F., Österreichische Wirtschaftsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart (Wien 2011).
Butschek, F., Eine Wurzel der Sozialpartnerschaft. Die Konjunkturforschung zwischen den Kriegen, in: WIFO-Monatsberichte 6 (2012).
Chaloupek, Günther (Hrsg.), Eduard März als Wirtschaftshistoriker und Wirtschaftspolitiker (Wien 2015).
Diwok, F.; Koller, H., Reinhard Kamitz – Wegbereiter des Wohlstands (Wien 1977).
Guger, Alois, Frühe Keynes-Rezeptionen am Institut für Konjunkturforschung bzw. WIFO, in: Mesch (Hrsg., 2016) 45-72.
Klausinger, H., Das Österreichische Institut für Konjunkturforschung 1927 bis 1938: Wirtschaftsforschung und Wirtschaftspolitik in der Ersten Republik in: WIFO-Monatsberichte 12 (2017).
Mautner Markhof, M.; Nemschak, F., Zum 25jährigen Bestand des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO, Wien 1952).
Mesch, Michael (Hrsg.), Wie kam der Keynesianismus nach Österreich? (Wien 2016).
Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Konjunkturforschung.
Monatsberichte des Instituts für Konjunkturforschung, Zweigstelle Wien.
Monatsberichte des Wiener Instituts für Wirtschafts- und Konjunkturforschung.
Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung.
Nemschak, F., Hauptprobleme der österreichischen Wirtschaftspolitik, in: Vorträge und Aufsätze 1 (1947).
Nemschak, F., Österreichs Weg aus der Bewirtschaftung zur Marktwirtschaft, in: Vorträge und Aufsätze 3 (1948).
Nemschak, F., Der Weg zu einem gesamtwirtschaftlichen Konzept, in: Vorträge und Aufsätze 4 (1951).

- Nemschak, F., Die wissenschaftliche Fundierung der Konjunkturpolitik im Lichte der österreichischen Erfahrungen, in: Wissler, A. (Hrsg.), Die wissenschaftliche Fundierung der Konjunkturpolitik. Beihefte zur Konjunkturpolitik (Berlin 1956).
- Reichmann, W., Die Disziplinierung des ökonomischen Wandels. Soziologische Analysen der Konjunkturforschung in Österreich (Marburg 2010).
- Seidel, H., Der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen (Stuttgart 1993).
- Seidel, H., Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg (Wien 2005).
- Seidel, H., Wirtschaftsforschung zwischen Empirie, Theorie und Politik in: WIFO-Monatsberichte 6 (2012).
- Seidel, H.; Kramer, H. (Hrsg.), Wirtschaftsforschung in Österreich. Eine Standortbestimmung. Professor Dr. Franz Nemschak gewidmet (Wien 1973).
- Stankovsky, J., Gazzari, I., Ostwirtschaftsforschung in Österreich, in: Seidel, H.; Kramer, H. (Hrsg.), Wirtschaftsforschung in Österreich. Eine Standortbestimmung. Professor Dr. Franz Nemschak gewidmet (Wien 1973).
- Streissler, E., Das Monopol wirtschaftsempirischer Wahrheit, in: Seidel, H.; Kramer, H. (Hrsg.), Wirtschaftsforschung in Österreich. Eine Standortbestimmung. Professor Dr. Franz Nemschak gewidmet (Wien 1973).
- Wiener Institut für Wirtschaftsforschung, Die Entwicklung der Lebenshaltungskosten und Löhne in Wien seit der Wiedervereinigung (Wien 1941).

Zusammenfassung

Mit Franz Nemschak begegnet man einer Persönlichkeit, die in ihrer Tätigkeit wie ihrer öffentlichen Wirkung weit über die Grenzen eines Wirtschaftsforschers hinausging. Das dokumentierte sich, insbesondere in den Nachkriegsjahren, durch seinen außerordentlichen Einfluss auf die Wirtschaftspolitik und damit auch auf die öffentliche Meinung. Seine jährlichen Weihnachtsvorträge wurden regelmäßig von den Spitzen aus Politik und Wirtschaft besucht. Seine Position wurde auch durch Meinungsverschiedenheiten mit der Regierung nicht nachhaltig erschüttert. In seinen späteren Jahren als Institutsleiter vermochte er nicht nur die Finanzierung eines eigenen Hauses für das WIFO sicherzustellen, sondern schuf mit dem Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche eine neue, international renommierte Forschungsrichtung aufbauen.

Abstract

Franz Nemschak represents a personality, which in his activities as in his public presentation went beyond the limitations of an economic researcher. This became evident especially during the years after the war by his influence on economic policy as well as on public opinion. His annual lectures at Christmas were visited regularly by the public prominence. His position was not endangered fundamentally by differences of opinion with the government. In his later years as director of the institute he could ascertain the financing of a proper house for the WIFO and created with the Vienna Institute for International Economic Studies a new renowned research.

Schlüsselbegriffe: Wirtschaftsforschung, Wirtschaftsgeschichte, Österreich, Wiederaufbau, Sozialpartnerschaft, Osteuropaforschung.

Key words: economic research institutes, economic history, Austria, reconstruction, social partnership, postfordism.

JEL codes: L52, L78, N14, N34, N44, N64.